

Amnesty International Bericht:

Die Antwort der Regierung auf das weitverbreitete "Verschwindenlassen" in Jaffna

Amnesty International (ai), London, hat Ende November einen neuen Bericht über "Verschwindenlassen" in Sri Lanka vorgelegt (Sri Lanka, Government's response to wide-spread "disappearances" in Jaffna", AI Index: ASA 37/24/97). Darin heißt es, es gebe immer mehr Beweise für das "Verschwinden" von schätzungsweise 540 Menschen in den sechs Monaten um die Jahresmitte 1996. Man befürchte, daß fast alle, die nach ihrer Verhaftung durch die Sicherheitskräfte vor ungefähr einem Jahr als "verschwunden" gelten, entweder unter Folter gestorben sind oder vorsätzlich in Haft getötet wurden. Nachfolgend veröffentlichen wir in einer deutschen Übersetzung - es handelt sich nicht um die offizielle ai Übersetzung des englischen Originals - Auszüge aus dem Bericht.

Die Übersetzung und Bearbeitung des Berichts besorgte Lutz Oette.

Die in der Gegend (um Jaffna) vorherrschenden besonderen Zustände verhinderten für Monate, daß das volle Ausmaß dieses weitverbreiteten "Verschwindenlassens" zu Tage trat. Nachdem Parlamentsabgeordnete und Mitglieder von örtlichen und internationalen Menschenrechtsorganisationen ihre Besorgnis ausdrückten, errichtete die Regierung im November 1996 ein 'Board of Investigations' (BoI) im Verteidigungsministerium, um die Berichte über "Verschwindenlassen" zu untersuchen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es dem BoI möglich gewesen, 180 von insgesamt 760 Beschwerden aufzuklären. Die Umstände, unter denen das BoI seine Untersuchungen durchgeführt

hat (...), mag zu einem gewissen Grad zur Verzögerung der Untersuchungen beigetragen haben. Dem Außenministerium zufolge untersucht auch die im März 1997 geschaffene 'Human Rights Commission' (HRC) von Sri Lanka 274 der aus dem Jaffna Distrikt berichteten Fälle von "Verschwindenlassen". Es gibt keine Anzeichen, die darauf schließen lassen, daß es Anweisungen für das "Verschwindenlassen" von seiten der politischen Führung gegeben haben könnte. Die Regierung hat jedoch die Verantwortung für den fehlenden Schutz des Lebens der in ihrem Hoheitsbereich lebenden Bürger. Zu der Zeit, als Regierungsoffizielle in Colombo zugaben, was wirklich in Jaffna geschah, wurden bereits schätzungsweise 600 Menschen "vermißt". Hunderte mehr wurden zu Folteropfern in den Händen der Sicherheitskräfte. Es gab auch mehrere Berichte von Vergewaltigungen durch Armeemitglieder. Es scheint, daß insbesondere die unterschiedlichen Maßnahmen, die von der Regierung zur Aufklärung des "Verschwindens" von Krishanthi Kumarasamy, einer 18jährigen Schülerin aus Kaithady, und das vor Gericht bringen derjenigen, die für ihre Ermordung verantwortlich sind, die von der Halbinsel gemeldete Zahl des "Verschwindenlassens" verringert hat. Krishanthi Kumarasamy wurde am 7. September 1996 von der Armee auf dem Nachhauseweg inhaftiert, nachdem sie eine Klausur geschrieben hatte. Ihre Mutter, Rasammah Kumarasamy, ihr 16jähriger Bruder, Pranaban Kumarasamy, und ein Freund der Familie, Kirupakaran Sithamparam, "verschwanden" ebenfalls, nachdem sie an derselben Kontrollstelle der Armee verhaftet worden waren. Sie waren gekommen, um Nachforschungen über Krishanthi Kumarasamy anzustellen. Die Leichen der vier wurden Mitte Oktober 1996 in flachen Gräbern gefunden. Die Verhaftung von neun Mitgliedern der Sicherheitskräfte und das daraufhin eingeleitete Gerichtsverfahren diene als ein Signal an die Sicherheitskräfte, daß die Regierung solche Menschenrechtsverletzungen nicht mehr dulden werde. Zur Zeit der Abfassung dieses Berichts war der Beginn des Prozesses gegen neun Soldaten, die der Entführung, der Vergewaltigung und des Mordes angeklagt sind, auf den 1. November 1997 terminiert (siehe dazu auch den Meldungsteil in dieser Ausgabe). ai erhält trotzdem weiterhin Berichte über Fälle von "Verschwindenlassen", wenn auch in geringerem Umfang als Mitte 1996. Zum Beispiel wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1997 insgesamt 41 Fälle von "Verschwindenlassen" aus Jaffna gemeldet, von denen bis heute

vier vom BoI aufgeklärt wurden. Berichte über "Verschwindenlassen" gehen auch weiterhin aus anderen Teilen des Landes ein. Zum Beispiel wurden während der ersten Hälfte des Jahres 1997 16 Fälle aus dem Batticaloa Distrikt und drei Fälle aus dem Mannar Distrikt gemeldet. Es hat auch Vorwürfe des "Verschwindenlassens" aus dem Kilinochchi Distrikt gegeben, aber es ist ai nicht möglich gewesen, Bestätigungen für diese Berichte zu erhalten.

Der Amnesty International Besuch in Jaffna

Eine Delegation von drei ai Mitgliedern reiste im August 1997 nach Sri Lanka. Zwei dieser Delegierten besuchten Jaffna zwischen dem 13. und dem 19. August 1997. Dieses war der erste Besuch von ai in Jaffna seit 1982. Während ihres Besuchs auf der Halbinsel war es den Delegierten möglich, sich frei zu bewegen. Sie trafen den für die Halbinsel zuständigen Militärbefehlshaber, den für Valikamam (der westliche Teil der Halbinsel) und die Inseln zuständigen Militärbefehlshaber, Vertreter von verschiedenen politischen Parteien sowie Gemeindeführer, Juristen und Vertreter von örtlichen und internationalen Nichtregierungsorganisationen. Zudem interviewten sie Dutzende Opfer von Menschenrechtsverletzungen, unter anderem auch Angehörige von "Verschwundenen" und Überlebende von Folter und versuchten außergerichtlichen Hinrichtungen. In Colombo traf sich die Delegation mit hochrangigen Regierungsmitgliedern, darunter der Außenminister, der Minister für 'Justiz, Verfassungsangelegenheiten, Ethnische Angelegenheiten und Nationale Integration', der Verteidigungsminister, der Oberstaatsanwalt, der Oberinspekteur der Polizei und der stellvertretende Oberinspekteur der Polizei (Verbrechen). Zudem trafen sie Mitglieder der Menschenrechtskommission und der drei präsidentiellen Kommissionen, die vergangene Menschenrechtsverletzungen untersuchen. Darüber hinaus hatten die Delegierten ein längeres Zusammentreffen mit den Mitgliedern des BoI. Ende Oktober 1997 traf der Generalsekretär von ai die Präsidentin Chandrika Bandaranaike Kumaratunga anlässlich des Treffens der Regierungschefs des Commonwealth in Edinburgh, Schottland. Sie diskutierten über die Menschenrechtspolitik der Regierung und die Umsetzung von einigen in diesem

Bericht aufgeführten Empfehlungen. Zur gleichen Zeit gingen Kommentare der Regierung zum Entwurf dieses Berichts ein. Wo angebracht, haben diese im Text Niederschlag gefunden (...).

"Verschwindenlassen": ein vertrautes Muster

Eine Analyse des Musters des "Verschwindenlassens" in Jaffna während des Jahres 1996 deutet darauf hin, daß, wie es auch schon in der Vergangenheit des öfteren der Fall war, die Sicherheitskräfte auf "Verschwindenlassen" als Vergeltung für Angriffe auf ihre Mitglieder durch die LTTE in oder außerhalb der Halbinsel zurückgreifen. Die höchste Zahl von "Verschwindenlassen" wurde im Juli und August 1996 berichtet. Zwei gravierende Zwischenfälle lösten offensichtlich die plötzliche Verschlechterung der Menschenrechtssituation zu dieser Zeit aus. Der erste war die Ermordung von zwölf Zivilisten am 4. Juli während eines Selbstmordangriffs eines LTTE Mitglieds auf einen Konvoi, der den damaligen Minister für Wohnungsbeschaffung, Bau und öffentliche Versorgungsbetriebe bei einem Besuch zur Begutachtung der auf der Jaffna Halbinsel stattfindenden Wiederaufbauarbeiten begleitete. Zusätzlich zu den zwölf Zivilisten, unter denen sich der Vorsitzende der Zementgenossenschaft befand, wurden auch acht Mitglieder der Sicherheitskräfte während des Angriffs getötet. Einer von diesen war der für die Stadt Jaffna zuständige Brigadier.

Der andere gravierende Vorfall, der die plötzliche Verschlechterung entfachte, war die Ermordung von mehr als 1.300 Soldaten während des Angriffs der LTTE auf das Mullaitivu Armeelager an der Ostküste am 19. Juli 1996. Die Opferzahl war die höchste, die für einen einzigen Angriff in der Geschichte des bewaffneten Konflikts in Sri Lanka berichtet worden ist. Außerdem wurden Dutzende von Soldaten als bei den Kampfhandlungen vermißt gemeldet. Den gesamten Juli 1996 hindurch stiegen die Spannungen, insbesondere in den ländlichen Gebieten der Halbinsel, inmitten fortwährender Angriffe auf Militärpersonal. Zum Beispiel wurden am 9. Juli Berichten zufolge vier Soldaten in Karaveddy, Vaddamarachchi, getötet; am 14. Juli wurden 13 Soldaten in Sarasalai, Thennamarachchi getötet. Während dieses Zeitraums "verschwinden" eine große Zahl von Menschen,

nachdem diese von Sicherheitskräften während Verhaftungsoperationen in Gewahrsam genommen worden waren. Solche Fälle wurden aus Gurunagar, Valikamam, am 27. August 1996 berichtet. An diesem Tag verhaftete die Armee mehrere hundert Zivilisten und zwang sie, sich vor acht Informanten in der St. James Kirche, Jaffna, aufzustellen. Mindestens zehn von ihnen, darunter Joseph Ganeshwaran, Vethanayagam Jerome Emmiliyanus und Wilden S. Alphonse (alias Wilson) wurden die Augen verbunden, dann wurden sie in einen Armeelaster geladen und zum Gurunagar Armeelager gefahren. Mehrere Angehörige waren Zeugen der Verhaftung und Inhaftierung, sind aber seitdem nicht in der Lage gewesen, den Aufenthaltsort der Inhaftierten ausfindig zu machen. Viele weitere Menschen "verschwanden", nachdem sie an Militärkontrollstellen, die auf der gesamten Halbinsel errichtet wurden, in Gewahrsam genommen worden waren. Die Polizei, die nach und nach zur Unterstützung der Armee auf der Jaffna Halbinsel eingesetzt worden ist, ist nicht als verantwortlich für die jüngsten Fälle von "Verschwindenlassen" auf der Jaffna Halbinsel genannt worden. Mitglieder der 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF), eine gegen die LTTE gerichtete tamilische Gruppe, agieren Berichten zufolge als Informanten der Armee. Darüber hinaus unterstützen frühere LTTE Mitglieder die Armee bei der Inhaftierung von Verdächtigen. Mitglieder anderer bewaffneter tamilischer Gruppen, die im Laufe der letzten Jahre für "Verschwindenlassen" und andere Menschenrechtsverletzungen im Osten und in Vavuniya verantwortlich gewesen sind, sind bis heute nicht an ähnlichen Aktivitäten in Jaffna beteiligt gewesen. Einem Bericht zufolge sind jedoch Personen, die einer dieser Gruppen, der 'Peoples Liberation Organization of Tamil Eelam' (PLOTE), angehören, deren Mitglieder mit der Armee in anderen Teilen des Landes zusammenarbeiten, beschuldigt worden, den Bruder eines örtlichen Geschäftsmanns zwecks Lösegelderpressung entführt zu haben. Ein früheres Mitglied des Nachrichtendienstes der LTTE berichtete, wie die Armee nach zwei Monaten in Haft gegen seinen Willen damit begann, ihn zu Durchsuchungsoperationen mitzunehmen, wobei sein Kopf mit einer Augenbinde, die eine kleine Öffnung hatte, bedeckt war. Ihm wurde befohlen, mit seinem Kopf zu nicken, um auf Mitglieder der LTTE zu zeigen. Bei der Rückkehr zum Lager seien er und andere Informanten, so behauptet er, geschlagen worden, falls sie auf niemanden gezeigt hätten.

Das "Verschwindenlassen" von 39 verhafteten jungen Männern am 19. Juli 1996

Am 19. Juli 1996, dem Tag nach dem Angriff auf das Mullaitivu Armeelager, "verschwanden" Berichten zufolge mindestens 39 junge Männer, nachdem sie von der Armee während einer Durchsuchungsoperation in der Gegend um Navatkull, Thennamarachchi Division, fortgeführt worden waren. Die Operation begann in Navatkuli um neun Uhr morgens und setzte sich dann gegen elf Uhr nach Thatchanthoppu, um 13 Uhr nach Kaithady und um 13.30 Uhr nach Maravanpulavu fort.

Der Aussage einer in Navatkuli verhafteten Person zufolge befahl die Armee allen Dorfbewohnern, sich in der 'Koyilakandy Maha Laxmi Vidiyalam', einer örtlichen Schule, zu versammeln. Etwa 100 Personen wurde befohlen, an vier oder fünf maskierten, hinter 'cadjan' (aus Kokosnußblättern geflochtenen) Zäunen stehenden Informanten im Gänsemarsch vorbeizugehen. Kurz nach 15 Uhr wurden etwa 13 Menschen auf einen Armeelaster geladen und weggeführt.

Einer Person zufolge, die ursprünglich verhaftet, aber später freigelassen wurde, wurde allen die Augen zugebunden und die Hände hinter dem Rücken verbunden. Auf ihrem Weg konnten sie hören, wie andere auf den Laster geladen wurden, unter anderem Leute aus Maravanpulavu. Ein Zeuge aus Maravanpulavu Nord bestätigte, daß den Dorfbewohnern von Maravanpulavu befohlen wurde, sich an der Alady Kreuzung zu versammeln, und daß dort ungefähr 75 Menschen zusammenkamen. Er schätzte, daß ungefähr 25 von ihnen, die von sieben auf einem Kleinlaster sitzenden, maskierten Informanten identifiziert worden waren, auf den aus Navatkuli kommenden Laster geladen wurden. Gegen 17 Uhr fuhr der Laster in Richtung des Hauptarmeelagers in Navatkuli, das auf dem Grund der 'Lakshmi' Reismühle errichtet ist. Derselbe Zeuge, ein ehemaliger Häftling, sagte aus, daß insgesamt mehr als 85 Personen aus den Dörfern an jenem Abend zum Lager gebracht wurden. Die ganze Nacht hindurch waren die Schreie der Gefangenen, die geschlagen wurden, zu hören.

Am nächsten Tag, gegen neun Uhr morgens, rief das Armeepersonal mehrere Namen von Gefangenen aus. Die Augenbinden von denjenigen, deren Namen nicht ausgerufen wurden, wurden gegen 14 Uhr abgenommen und sie

wurden fotografiert. Erst dann bemerkte der Zeuge, daß diejenigen, deren Namen an jenem Morgen ausgerufen worden waren, nicht da waren. Nachdem die Fotos gemacht worden waren, wurden 47 Gegangene auf den Armeelaster geladen und zur Polizeiwache in Kankesanthurai gebracht. Die anderen 39 Personen sind bis heute unauffindbar. Die Angehörigen stellten Nachforschungen bei Armeelagern an und bekamen vom Armeepersonal am Eingang mitgeteilt, daß diejenigen, die bei der Operation festgenommen wurden, freigelassen würden, sobald die Untersuchungen vorbei sind. Der 'grama sevaka' (Dorfvorsteher) von Navatkuli stellte am 20. Juli Nachforschungen an. Ihm wurde Berichten zufolge gesagt, daß die am vorherigen Tag Festgenommenen in ein anderes Armeelager verlegt worden seien, ohne daß ihm der Name des Lagers mitgeteilt wurde. Trotz zahlreicher Nachfragen bei örtlichen Armeelagern und Appelle an örtliche und nationale Behörden bleibt das Schicksal und der Aufenthaltsort der an jenem Tag weggeschafften Menschen unbekannt (...).

Anstrengungen der Regierung, um "Verschwindenlassen" zu unterbinden

Unter den Maßnahmen, die von der Regierung kurz nach ihrem Amtsantritt eingeführt wurden, war die Schaffung von drei präsidentiellen Untersuchungskommissionen zur Untersuchung schwerer, in der Vergangenheit begangener Menschenrechtsverletzungen, unter ihnen die seit dem 1. Januar 1988 berichteten Fälle von "Verschwindenlassen". Die Kommissionen begannen ihre Arbeit Anfang 1995 und legten der Präsidentin Chandrika Bandaranaike Kumaratunga ihre Abschlußberichte am 3. September 1997 vor. Während dieses Zeitraums legten sie regelmäßig Zwischenberichte über den Fortschritt ihrer Untersuchungen vor. In einem zu begrübenden Schritt kündigte die Regierung am 3. September 1997 an, daß die Zwischen- und Abschlußberichte der drei Kommissionen veröffentlicht würden. Sie kündigte auch an, daß Strafverfolgungen in solchen Fällen eingeleitet würden, in denen die Kommissionen einen 'prima facie' (erster Anschein) Beweis gefunden haben, und daß eine neue Kommission geschaffen würde, um Beschwerden nachzugehen, welche die drei

Kommissionen vor Ablauf ihrer Amtszeit nicht untersuchen konnten. Obwohl die Berichte der drei Kommissionen zu der Zeit, als dieser Bericht geschrieben wurde, im Druck und noch nicht veröffentlicht waren, hat ai gehört, daß die für den Norden und Osten verantwortliche Kommission die Berichte von "Verschwindenlassen" in Jaffna während des Jahres 1996 nicht untersucht hat.

Im März 1997 wurden die Mitglieder der 'Human Rights Commission' (HRC) ernannt, acht Monate nachdem das entsprechende Gesetz im Parlament verabschiedet worden war. Ende Juli 1997 erklärte die Regierung, daß die Aufgabe der Überwachung des Wohlergehens von Inhaftierten, die bis dahin der HRTF ('Human Rights Task Force') anvertraut war, ab dem 1. Juli 1997 auf die HRC übertragen werden würde. Im ganzen Jahr 1996 setzten sich die örtlichen und internationalen Menschenrechtsorganisationen für die Eröffnung eines Büros der HRTF in Jaffna ein. Der HRTF war es jedoch, abgesehen von einem zweitägigen Besuch Jaffnas Mitte November 1996, nicht möglich, ihr Mandat auf der Jaffna Halbinsel wahrzunehmen. ai glaubt, daß die fehlende Überwachung des Wohlergehens der Inhaftierten während dieses Zeitraums zu der hohen Zahl gemeldeten "Verschwundenen" beigetragen hat. Die Mitglieder der HRC besuchten Anfang Oktober 1997 Jaffna und ermittelten ein Grundstück für ein regionales Büro, dessen Eröffnung jetzt im November 1997 erwartet wird. Während des Besuchs drängte ai den Mitgliedern des HRC gegenüber auf die dringende Notwendigkeit der Eröffnung eines regionalen Büros in Jaffna. Regierungsoffizielle in Colombo und Militärbehörden in Jaffna waren sich einig, daß Bedarf für eine unabhängige örtliche Behörde besteht, bei der Beschwerden vorgebracht werden können.

Wie oben erwähnt, wurde, nach großem öffentlichen Wirbel um den Fall von Krishanthi Kumarasamy Ende 1996, das BoI im Verteidigungsministerium geschaffen. Anfänglich wurde einer Militärperson die Leitung der Untersuchungen übertragen, aber nach Protesten wegen der fehlenden Unabhängigkeit des BoI wurde ein Zivilist, Bandula Kulatunga, ernannt. Die vier anderen Mitglieder sind höhere Offiziere der Sicherheitskräfte. Bis zum August 1997 hatte das BoI Jaffna viermal besucht und Aussagen von 368 Beschwerdeführern aufgenommen. ai wurde informiert, daß das BoI während der nächsten Phase der Untersuchungen beabsichtigt, Berichte von den zuständigen Personen der Sicherheitskräfte

anzufordern.

Der Oberbefehlshaber der 51. Armeedivision in Jaffna teilte der ai Delegation mit, daß er Anfang 1997 mehrere Maßnahmen eingeleitet hätte, um das "Verschwindenlassen" und die Folter zu einem Ende zu bringen. Er gab zu, daß er eine Vielzahl von Beschwerden über "Verschwindenlassen" und Folter erhalten habe.

Die eingeleiteten Maßnahmen umfaßten die Ausgabe von "Verhaftungsbescheinigungen" an einen Verwandten, oder für den Fall, daß ein Verwandter nicht erreichbar ist, an den 'grama sevaka' (Dorfvorsteher) des Dorfes, in dem die Verhaftung stattgefunden hat. Unter der Bevölkerung der Halbinsel herrschte allgemeine Übereinstimmung, daß seit Anfang 1997, der Zeit, als der neue oberste Befehlshaber das Kommando über die 51. Division übernommen hatte, eine deutliche Verbesserung der Menschenrechtssituation eingetreten sei. Ähnlich positive Einschätzungen wurden über den für die Vadamarachchi Division zuständigen Brigadekommandeur abgegeben. Es wurde ai gegenüber darauf hingewiesen, daß sehr wenig Fälle von "Verschwindenlassen" aus dieser Gegend berichtet worden waren. Unter den vom Oberbefehlshaber der 51. Division vorgenommenen Maßnahmen war die Schaffung einer besonderen Untersuchungseinheit, bestehend aus Mitgliedern der Militärpolizei, um 379 Beschwerden über "Verschwindenlassen", die 1996 gegenüber dem Militär in Jaffna selbst vorgebracht worden waren, zu untersuchen. Bis zum August 1997 sind von 130 Fällen, die untersucht worden sind, sieben Menschen in Haft ausfindig gemacht worden und in einem Fall haben Verwandte gemeldet, daß sie den Leichnam einer "verschwundenen" Person gefunden haben. Hinsichtlich der Beschwerden wegen "Verschwindenlassens" während der ersten Hälfte des Jahres 1997 sind drei von 32 bei den Militärbehörden als "verschwunden" gemeldete Personen von der besonderen Untersuchungseinheit ausfindig gemacht worden. Untersuchungen in anderen Fällen laufen. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind dazu bestimmt, dem BoI vorgelegt zu werden. Der Verteidigungsminister versicherte ai, daß Schritte, unter ihnen strafrechtliche Verfolgung, gegen diejenigen eingeleitet worden sind, deren Verantwortlichkeit für "Verschwindenlassen" vom BoI festgestellt wurde. ai hat den Verteidigungsminister gebeten, über das Ergebnis dieser Maßnahmen auf dem Laufenden gehalten zu werden (...).